



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/X/134 - 14.6.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 690

Hinweise
auf den Inhalt:

Gedanken zum 17. Juni	S. 1
Vorbereitungen auf Ost-Westgespräche	S. 3
Ein vergessener Aufstand (aus Anlass des 17. Juni)	S. 5
Abwehr unter Aderauer?	S. 8

Staatsfeiertag - ganz oder gar nicht

FR. Der 17. Juni 1953 ist zu einem Symbol für den unauslöschlichen Freiheitswillen der Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone geworden. Was damals insbesondere von deutschen Arbeitern unternommen wurde, erforderte ein ungewöhnliches Maß an Mut. Jeder setzte das Leben ein und viele mußten den Preis bezahlen.

Was geschah damals? Es begann am Vormittag des 16. Juni mit einem Demonstrationenzug von einigen hundert Bauarbeitern durch die Frachtstrasse des Berliner Ostens, die Stalinallee. Die Arbeiter marschierten in geschlossenen Züge zum Stadtzentrum, immer weitere Gruppen schlossen sich an, vor dem früheren Reichsluftfahrtministerium stauten sich die Massen. Führende Funktionäre der SED wollten sprechen, wurden aber nach wenigen Sätzen niedergeschrien. Anlass war die verordnete Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 %. Aber wie von selbst wurde aus diesem Protest gegen eine neue Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Aufschrei gegen die politische Versklavung. Fort mit dem SED-Regime! Freie Wahlen in ganz Deutschland als Grundlage für ein freies geeintes Deutschland! Das waren die Parolen, die offen verkündet, mit wahrer Inbrunst weitergetragen und begeistert aufgenommen wurden. Aus einer Revolte gegen unmenschliche Lebensbedingungen war ein politischer Aufstand mit dem ewigen Sehnsuchtsziel aller Unterdrückten, der Freiheit, geworden.

Dieser Aufstand griff mit rasender Geschwindigkeit auch auf die Zone über. Auch hier das gleiche Bild: Arbeitsniederlegungen, Demonstrationenzüge, Erstürmung von Parteihäusern der SED, Verwaltungsgebäuden des verhassten Regimes und Gefängnissen, um dort die untergebrachten politischen Häftlinge zu befreien.

Mit der Verkündung des Ausnahmezustandes und dem Einsatz von sowjetischem Militär, insbesondere von Panzern, war das Ende aber schnell da. Das Regime Ulbricht-Grotewohl wurde in letzter Minute durch ihre sowjetischen Vorgesetzten gerettet. Aber es ist kein Zweifel, dass über alles politischen Wechselfällen der seitdem vergangenen zwei Jahre hinweg die SED vom Volke isoliert blieb und immer stärker isoliert wurde. War sie schon vor dem 17. Juni 1953 in Bewußtsein der Bevölkerung nichts anderes als eine politische Söldnertruppe Moskaus, so vertiefte sich diese Einstellung natürlich nach

14.6.1955

diesem schicksalsvollen Tag, der den schlüssigen letzten Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung von der Funktion der sowjetischen Staatspartei brachte.

Heute bestätigen alle Informationen aus der SBZ die Ähnlichkeit der gegenwärtigen mit der damaligen Lage, auch wenn es vielleicht keine akute Aufstandsgefahr jenseits des Eisernen Vorhanges geben mag. Man weiß, dass, solange die Sowjetarmee das Pankow-Regime hält, ein neuer Aufstand sinnloses Blutvergießen wäre und nur dazu dienen würde, die wertvollsten und aktivsten Kräfte des Widerstandes und des späteren Aufbaus in einem wiedervereinigten Deutschland zu schwächen oder zu vernichten.

Aber das damalige elementare Ereignis wirkt auf verschiedenen Gebieten bis auf den heutigen Tag nach und wird seine Strahlungskraft auch in Zukunft nicht verlieren. Der Glaube an die Unerlöschlichkeit des gegenwärtigen Zwangsregimes ist, wo er noch bestanden haben mag, hoffnungslos untergraben. Der Beweis wurde geliefert, dass nur fremde Waffen diesen Staatsapparat davor bewahrten, hinweggefegt zu werden, dass aber gerade nach der internationalen Entwicklung im vergangenen Jahr das Verbleiben sowjetischer Truppen auf deutschem Boden durchaus nicht ewig zu dauern braucht. Weiter ist die Frage voll berechtigt, wie weit auch der Aufstand in der Zone mit all den dabei zutage getretenen psychologischen Gegebenheiten - dem entschlossenen Widerstand gerade der Arbeiter gegen das kommunistische System, dem verzweifelten Mut, dieser Gesinnung auch größte Opfer zu bringen, der offenkundigen Unmöglichkeit, den deutschen Menschen der Zone zu einem zuverlässigen Satelliten zu machen - wieweit alle diese Begleiterscheinungen und Erkenntnisse nicht auch die Moskau-Politik mitbestimmt haben, die der jüngsten Vergangenheit ein so auffallendes, neuartiges Gepräge gegeben hat.

Den sowjetischen Erkenntnissen aus den Erfahrungen des 17. Juni 1953 und aus der seitdem verflössenen Zeit sollten ganz bestimmte westliche Einsichten entsprechen. Wenn man den offerbereiten Freiheitswillen der Zonenbevölkerung, wie er sich angesichts der sowjetischen Panzer todesmutig kundtat, zum Anlass eines Staatsfeiertages nimmt, dann kann man nicht im gleichen Atemzuge die beleidigende Verdächtigung aussprechen, die Deutschen würden dem kommunistischen-sowjetischen Joch erliegen. Das aber geschieht immer wieder, wenn davon die Rede ist, für ein künftiges Gesamtdeutschland einen internationalen Status zu erarbeiten, der die Zustimmung der Westmächte und der Sowjetunion finden kann und der infolgedessen weder im Aufgehen ganz Deutschlands in dem einen oder anderen Machtblock bestehen könnte. Mit anderen Worten: man kann sich nicht vor dem mutig bewiesenen Freiheitswillen einer Bevölkerung ehrfürchtig und dankbar verneigen, die man bei anderer Gelegenheit immer wieder der Anfälligkeit für den Kommunismus bezichtigt. Will man das weiter tun, dann sollte man sich diesen Staatsfeiertag und die gefühlvollen Reden aus seinem Anlass sparen.

* * *

- 3 -

14.6.1955

Differenzen im westlichen Lager

E.A. London

Die Vorbereitungen für die San Francisco Konferenz der U.N. am 20. Juni und die Zusammenkunft der Staatschefs der Grossen Vier am 18. Juli in Genf sind auf Schwierigkeiten gestossen. Ernsthafte Differenzen zwischen London und Washington bestehen in zwei Fragen, die eine diplomatischer, die andere taktischer Natur.

Die diplomatische Differenz erhob sich dadurch, dass die amerikanische Regierung in die Tagesordnung der Ost-West-Gespräche die russische Dominierung der osteuropäischen Staaten einzuschliessen wünscht. Es gilt als ausgemacht, dass die Sowjetunion einen neutralen Gürtel in Europa, der sich von Finnland bis Jugoslawien erstrecken soll, vorschlagen will und dass dieser Gürtel ein neutralisiertes, vereintes Deutschland einschliessen soll. Die amerikanische Regierung will diesen sowjetischen Plan mit einem Gegenvorschlag durchkreuzen, wonach der neutrale Gürtel die osteuropäischen Satelliten, vor allem Polen und die Tschechoslowakei, umfassen müsse, und dass in diesen Ländern, ebenso wie in Deutschland, freie Wahlen unter internationaler Kontrolle stattfinden müssten.

Während der Sitzung der Studiengruppe der englischen, französischen und amerikanischen Diplomaten, die mit der Vorbereitung einer Tagesordnung beauftragt sind, haben die Amerikaner verschiedene Gründe für ihre Absichten vorgebracht. Die Beamten des State Department glauben, dass man die Gelegenheit nicht versäumen dürfe, um zu verlangen, dass die Russen ihre zehn Jahre alte Verpflichtung, die Osteuropa-Staaten als unabhängige souveräne Länder zu behandeln, einhalten sollen. Ferner nehmen sie an, dass man mit diesen Vorschlägen die bestehenden Reibungen zwischen Moskau und den Satelliten verschärfen könne. Jede sowjetische Konzession werde die Unsicherheit im Sowjetblock noch erhöhen.

Nach britischer Ansicht - und hier wurde der Vertreter des Foreign Office, Lord Hood, von seinem französischen Kollegen unterstützt -, würde man aber mit einem derartigen Verhandlungspunkt die Gespräche mit Marschall Bulganin torpedieren, noch ehe sie ernstlich in Gang kommen würden. Man verspricht sich in London keine praktischen Ergebnisse von einer derartigen Politik, so sehr man auch eine Lockerung der Sowjetkontrolle in Osteuropa begrüssen würde. Schliesslich befürchtet man auch, dass die Sowjetunion durch Konzessionen auf dem Papier über ihre Macht-

14.6.1955

stellung in Osteuropa von den Amerikanern Konzessionen in der deutschen Frage einhandeln könnte.

In Londoner diplomatischen Kreisen fühlt man, dass sich die amerikanische Haltung zu Viererbesprechungen versteift hat, nachdem Sir Anthony Eden mit verstärkter Mehrheit aus den Wahlen hervorgegangen ist. Während Washington vor den Wahlen in vorsichtigem Optimismus machte, um die Tory-Wahlaussichten nicht zu schmälern, kommt der Skeptizismus über die Nützlichkeit der Spitzenbesprechungen jetzt verstärkt wieder zum Vorschein. Man sieht in der konzilianteren russischen Haltung nur die Absicht, die Einigkeit des Westens zu untergraben und den Enthusiasmus für die NATO zu schwächen.

Auch in London wie in Paris verschweigt man nicht, dass die russischen Absichten in dieser Richtung gehen. Zugleich aber glaubt man doch auch ernsthafte Gründe dafür entdeckt zu haben, warum die Sowjets zur Zeit eine tatsächliche Entspannung suchen. Man sieht die Gründe hierfür in der landwirtschaftlichen und industriellen Krise in der Sowjetunion, in dem weiter vor sich gehenden Machtkampf im Krenl, in einer Verschlechterung der russisch-chinesischen Beziehungen und in Schwierigkeiten mit den Satelliten. So hält man es nicht für ausgeschlossen, dass Moskau tatsächlich den Lösungen einiger Probleme - darunter Spannung in Europa und Abrüstung - heute geneigter gegenübersteht. Wie weit, das müsse man in den Verhandlungen in San Francisco und in Genf herauszufinden suchen, denen man deshalb keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, wie Ablösung der Satelliten vom sowjetischen Block, in den Weg legen sollte.

Die eingangs erwähnte Differenz taktischer Natur liegt in der Behandlung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. London möchte eine Antwort darauf bereits vor der Genfer Konferenz erteilen, Washington winkt ab mit der Begründung, dass es zur Zeit das gesamte Abrüstungsproblem neu prüfe. Es ist aber unwahrscheinlich, dass Mr. Harold Stassen und sein Stab, der mit der Überprüfung beauftragt wurde, schon in nächster Zeit Vorschläge formulieren wird. Er wird Monate brauchen, um eine "Weltabrüstungs-Charter" wie er beabsichtigt, auszuarbeiten. So wird zum Bedauern der Briten, Kanadier und Franzosen der russische Abrüstungsvorschlag nicht unverzüglich aufgegriffen, sondern bis zur oder bis nach der Genfer Tagung unbeantwortet bleiben.

Der Rest war Schweigen

Im KZ Bautzen fand der 17. Juni drei Jahre früher statt

Von Klaus Jelonneck

Als in den Abendstunden des 17. Juni 1953 die Insassen des mittel-deutschen Konzentrationslagers Bautzen entferntes Schießen hörten, ha-ten sie sich dabei nichts weiter gedacht. Die auf den zehn Wachtürmen postierten Aufseher übten sich seit Anno 1945 in solchem Tun. Auch an jenem 17. Juni wurde es sehr bald wieder ruhig. Erst am Tage darauf kroch das Gerücht durch Zellen, Säle und Baracken, "die da draußen" hätten gegen die Regierung revoltiert. Es wurde bestätigt, als der dicke VOPO-Oberkommissar Worba, eskortiert von einigen Getreuen, am Nachmittag des 13. durch die Menschenställe walzte: "Habt euch zu früh gefreut, wie? Mit dem Revolutionschen eurer Gesinnungsgenossen sind wir schnell fertig geworden. Verlaßt euch drauf: die 25 Jahre, die ihr habt, werdet ihr bis zum letzten Tage absitzen."

Durfte der Mann das sagen, ohne die Ruhe im Lager zu gefährden? Er durfte. Den Bautzener Häftlingen, den "Spionen, Saboteuren und Agen-ten", fehlte nämlich der Mut zur Auflehnung mehr noch als zuverlässige Nachrichten über die Wirklichkeit des Volksaufstands in Pankow DDR. Und die Mutlosigkeit kam nicht von ungefähr. Die kahlgeschorenen Männer im verwaschenen graugrünen Sträflingskleid hatten Erfahrung mit Revolten. Ihr 17. Juni fand bereits gute drei Jahre früher statt. Sein Ausgang war ernüchternd genug, eine Wiederholung besser zu vermeiden.

Und das war so

Mitte Februar 1950 wurde das sowjetrussische KZ Bautzen in sow-jetdeutsche Verwaltung übergeben. Überall da, wo bis dahin ein Russe Wache gestanden hatte, standen jetzt drei "Volkspolizisten". Die wenigen russischen Schilder und Aufschriften wurden durch deutsche ersetzt. Die Gefangenen-Dolmetscher wurden arbeitslos und gingen ihres Suppen-lackschlags verlustig. Mit dem unmißverständlichen Satz Walter Ulbrichts: "Die sowjetische Besatzungsmacht übergibt 10 000 Verbrecher zur Verbüßung ihrer gerechten Strafe an das Innenministerium der DDR", war alles gesagt.

Die Fliegen auf den Eiterbeulen Mitteldeutschlands trugen von da an blaue Farben.

Das einzige, was sich änderte, war die Leidensfähigkeit der 7000 gefangenen "Agenten, Spione und Saboteure". Hatten sie bis dahin mehr oder weniger ergeben ihr auswegloses erscheinendes Schicksal getragen, kamen jetzt die geschundenen Seelen in Bewegung. Hoffnung flammte auf. Mit aus unerfindlichen Grundstoffen selbstgefertigter Tinte wurden auf Packpapier Resolutionen verfasst - bittende, beschwörende, erklärende, anklagende. Immer stand im Vordergrund das Unrecht der Einsperrung. Freilassung wurde gefordert oder wenigstens doch eine Überprüfung des "Falles". Weniger Optimistische baten um eine Herabsetzung der Strafe auf zehn Jahre. Die VOPO-Verwaltung stellte sich tot. Nur ab und zu gab einer der sowjetdeutschen Schlüsselknechte zu verstehen, dass er

selber nichts mehr verstände.

Im Zuchthaus war durchschnittlich jeder dritte Gefangene Tbc-krank. 2 200 Tuberkulöse lagen in den Isolierungsstationen der Anstalt. Auf den Zellen zu viert, auf den Sälen bis zu dreihundert. In zweistöckigen Regalen. Alle hatten sie Hunger. Aber Lebensmittelpakete zu schicken, war den Angehörigen nicht erlaubt. Medikamente gingen an die Absender zurück oder wurden beschlagnahmt. Während der Russenbewachung gab es in den letzten Monaten wenigstens eine Zusatzkost für die Kranken. Die hatte gerade ausgereicht, die Sterbeziffer herabzumindern.

Die Verzweiflung demonstriert

Aber alle Hoffnung schwand in dem Maße, wie die Schwindsucht zunahm. VOPO-Rat Schulze erklärte, auch die Zusatzkost würde in Kürze wegfallen, denn die "sowjetischen Freunde" hätten der neuen Lagerverwaltung nur 24 Tbc-Kranke übergeben. Daran habe man sich in allem zu halten.

Ob dieser Potemkinade blieb den Häftlingen der Atem weg. Als man schließlich die Brotration bei den "Gesunden" auf 300 Gramm herabsetzte, als in den Elechnäpfen der "Blaue Heinrich" noch durchsichtiger wurde - da gingen den Siebentausend die Nerven durch. Einer sprang an die Gitter. Brüllte irgend etwas. Ein zweiter schloß sich an. Bald waren es hundert, tausend, siebentausend. Sprechchöre formten sich: "Wir sind keine Verbrecher!" - "Wir haben Hunger!" - "Wir rufen das Rote Kreuz!" - "Wo sind die Vereinten Nationen!"

Ein höllischer Gesang war das. Bettlacker wurden durch die Gitter geschwenkt. In der Wohnsiedlung vor dem Zuchthaus wurde es lebendig. Die "Freien" erklärten sich solidarisch. Riefen zurück. Winkten. Die Vopos rührten sich nicht.

Aber das Ganze wurde keine Revolte. Es blieb bei der Demonstration. Schließlich hatte man sich heiser geschrien. Am Abend dieses 13. März 1950 war es wie immer: aus den Sälen quoll das gewohnte undefinierbare Stimmengewirr der lebendig Begrabenen.

Am nächsten Morgen verkündete die Anstaltsleitung: Wegen Verstoßes gegen die Hausordnung einmaliger Entzug der Morgensuppe. Die Gefangenen lachten. Das war zu ertragen. Sie triumphierten: Die freie Welt hat uns gehört. Sie wird uns helfen.

Aber - die freie Welt hatte offenbar nichts gehört. Die Verhältnisse im Lager verschlechterten sich weiter. Und so kam es zum zweiten "17. Juni" am 31. März 1950. Wieder war es nicht mehr als eine Demonstration - ein Schrei aus gepreßten Seelen, ohne Sachbeschädigung und ohne Angriffe auf Polizisten. Nur die Sprechchöre gellten der Bantzener Bevölkerung wieder schaurig in die Ohren.

Doch diese Neuaufgabe ungewohnter Meinungsäußerung wollten sich weder die Herren im olivbraunen Rock noch die im blauen gefallen lassen. Der sowjetische Kontrolloffizier gab kurzerhand den Befehl

den "Aufstand" niederzuschlagen. Der gehorsame VOPO-Kommandeur Reschke - wenige Monate später wurde er selber zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er angeblich zwischen 1933 und 1945 im Nazi-KZ Buchenwald als Kapo Mitgefangene drangsaliert hatte - mobilisierte einige Hundertschaften. Diese halbstarren Lummel der "jungen Arbeiter- und Bauernmacht" stürzten sich kopfüber in das Vergnügen. Sie sahen eine schöne Möglichkeit, ihre leninistisch-stalinistische Schulungsstunde in die Praxis eines handgreiflichen Klassenkampfeschlachtfeldes zu verlegen. Fluchend und brüllend drangen sie in Zellen und Säle ein und drosten mit Holz- und Gummiknüppeln die wehrlosesten aller wehrlosen Bürger des "Weltfriedenslagers" zusammen. Auf einigen der mit über vierhundert Mann belegten Säle des sogenannten "Kreuzbaues" wurden die inzwischen sehr ruhig gewordenen Häftlinge erst einmal wahllos durchgeprügelt. Im Anschluß daran hatten sie Extratorturen im Spießbrutenlaufen zu absolvieren. Der SchwerekrankenSaal 1 wurde mittels Feuerwehrspritzen kniehoch unter Wasser gesetzt. Im Haus 2 mußten die still daliegenden Kranken eine blindlings draufzuschlagende Meute uniformierter Rowdies über sich hinwegrasen lassen. "Schluß ist es jetzt mit dem schönen Leben!" brüllte der VOPO-Rat Schulze, und dem VOPO-Rat Hentschke stand Schaum vorm Mund, als unter seinen Schlägen ein Häftling - mit 16 Jahren wegen angeblicher Mitgliedschaft zu einer überhaupt nicht existierender Untergrundbewegung von einem Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt - zusammenbrach.

Schweigelager

Am Abend dieses 31. März bekamen die Gefangenärzte Arbeit. Über 80 Schwerverletzte wurden in das Lagerlazarett eingeliefert. Vorwiegend Knochenbrüche. Zwei Häftlinge wurden durch Kopfverletzungen geistesgestört. Hunderte zogen tags- und wochenlang in die Ambulanzen. In den Tbc-Stationen gab es zahllose ernste Rückfälle. Die "Rädelsführer" wurden in Karzerzellen gesteckt.

In der darauffolgenden Zeit verschärfte sich der Strafvollzug zusehends. Mit Hilfe eines ausgedehnten Spitzelsystems wurde jeder spätere Ansatz zu Unregelmäßigkeiten erstickt. Damit brach man der Gemeinschaft jener Männer, deren Verbrechen allein darin bestand, keine Kommunisten zu sein, das Rückgrat. Und darum gab es im KZ Bautzen keinen 17. Juni 1953.

Die mitteldeutschen Konzentrationslager Batzen, Waldheim, Gorgau, Brandenburg, Hoheneck und Untermasfeld sind Schweigelager - wenn auch nicht im Sinne der Feststellungen des Deutschen Roten Kreuzes.

Amnestie auf Raten

Kurz vor der Berliner Konferenz im Januar 1954 amnestierte Moskau 6 134 politische Häftlinge. Nach sowjetischer Sprachregelung hieß das "...von der Verbüßung der Reststrafe befreit." Nicht unter die Amnestie fielen "besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden". Was die Sowjets unter besonders schweren Verbrechen verstehen, wird ewig unklar bleiben. Die Auswahl der zu Entlassenden erfolgte nach einem lotterieförmlichen System.

Seit dem 16.1.1954 gab es keine "Großamnestie" wieder. Die in letzter Zeit Freigelassenen sind ohne großen Propagandaaufwand verabschiedet worden. Der Silberstreifen am Horizont kommender Vierer-Verhandlungen läßt allerdings hoffen, dass die Sowjets das Konferenzklima durch eine neue größere Entlassungsaktion verbessern wollen...

Menschlichkeit wird in Raten gezahlt....

14.6.1955

Ist Blank Verteidigungsminister?

sp. Die Kette des Bruches aller von der Regierung in Fragen der Wehrverfassung gegebenen Zusicherungen ist um ein neues und gewichtiges Glied vermehrt worden. Die beabsichtigte Unterstellung der Organisation Gehlen, eines dreigliederten, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Abwehr- und Nachrichtendienstes, unter die Oberhoheit des Bundeskanzlers, muss allerschwerste Befürchtungen auslösen. Auch hier ist das Bestreben, wie bei der überhasteten Einbringung des Freiwilligengesetzes im Bundesrat, offensichtlich, fertige Tatsachen zu schaffen, die das Parlament zu schlucken hat.

Bei dem Freiwilligengesetz scheiterte vorerst dieser Überraschungsversuch der Regierung an den wohlbegründeten Bedenken des Bundesrates. Es kennzeichnet die neue Stellung Blanks als Verteidigungsministers des westdeutschen Teilstaates, dass Blank offenbar von vielen Dingen keine Ahnung hatte, was im Zusammenhang mit dem Freiwilligengesetz und seiner vernichtenden Beurteilung durch die Länderminister in diesen Tagen geschah. Unwidersprochen blieben die Gerüchte, wonach die mehr als schlampige Textierung dieses Nacht- und Nebel-Gesetzes in aller Eile im Bundeskanzleramt erfolgte. Als Beauftragter für Sicherheitsfragen war Blank dem Kanzler, noch besser seinem Intimus, dem Staatssekretär Globke, direkt unterstellt, er musste akzeptieren, was ihm von dieser Küche geboten wurde. Als Minister aber trägt Blank die Verantwortung für sein Ressort vor dem Parlament. Sollte sich das direkte Abhängigkeitsverhältnis vom Bundeskanzler auch durch seine Ernennung zum Minister nicht geändert haben? Das hiesse, die Verantwortlichkeiten zu verwischen und die Dinge in einem Zwielicht zu belassen, wo niemand mehr weiss, schon gar nicht das Parlament, woran er ist.

Die Neugründung einer Armee ist keine Angelegenheit eines Mannes oder einer Gruppe von Männern. Offensichtlich betrachtet aber der Bundeskanzler und seine allernäheste Umgebung die Bildung einer westdeutschen Truppe, für die es übrigens noch keinen Namen gibt, als private Angelegenheit und wohl auch als ein Mittel der eigenen Machtsteigerung. Die geplante Übernahme der Organisation Gehlen unter die Befehlsgewalt des Bundeskanzleramtes ist alarmierend, sie steht im Widerspruch zu früher gegebenen Erklärungen und sie gibt dem Kanzler ein neues Machtinstrument in die Hand, durch das parteipolitischen Missbrauch Tür und Tor geöffnet sind.

1950 gelang es dem Bundeskanzler nicht, das Verfassungsschutzamt an sich zu reißen. In der Beschaffung von unfundiertem Material ging das Bundeskanzleramt dann eigene Wege, wie etwa die Affäre Schroth-Scharley anschaulich demonstriert hat. Diese Spuren sollten schrecken.

+ + +

Verantwortlich: Peter Mannau